

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsdirektor: Hermann Bredow
Redaktionsdirektor: Hermann Bredow
Verlag: Bredow & Co., Dresden

Abend-Ausgabe: 10 Blätter, 1000 Exemplare
Morgenausgabe: 10 Blätter, 1000 Exemplare
Gesamt: 20 Blätter, 2000 Exemplare

Verlag: Bredow & Co., Dresden
Königsplatz 10
Telefon: 1111

Wachsende Opposition gegen Schleicher Einigung der Gewerkschaften mit der SPD.

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 23. Dez. Dieser Tage haben zwischen den Führern der freien Gewerkschaften und dem Vorstand der Sozialdemokratie Besprechungen stattgefunden, um gewisse Differenzen zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokratischer Partei zu überbrücken. Wie man hört, ist es der SPD gelungen, die freien Gewerkschaften wieder an ihre Seite zu bringen. Die Gewerkschaften hatten sich auf dem Standpunkt gestellt, daß man dem neuen Reichskanzler von Schleicher, der zweifellos bestrebt sei, die Arbeitslosigkeit nach Kräften herabzubringen, nicht mit Opposition entgegenzutreten könne, da sonst bei der Regelung der großen wirtschaftlichen Fragen die Gewerkschaften ausgeschlossen würden. Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Copart, hatte überdies in Zeitungsartikeln noch zum Ausdruck gebracht, daß die Gewerkschaften ihre Stellungnahme zum Kabinett Schleicher so lange zurückstellen sollten, bis man das Kabinett auf Grund seiner Taten beurteilen könnte. Da durch diese Haltung der Gewerkschaften aber ein großer Teil der sozialdemokratischen Parteimitglieder, die ja meistens in den freien Gewerkschaften organisiert sind, in einen Irrsinn zur politischen Parole der SPD gekommen wäre, fanden nun auf Veranlassung des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Besprechungen mit dem Führern der Gewerkschaften statt, in denen die letzteren, um die bisherige Einseitigkeit des Vorgehens von SPD und Gewerkschaften auch weiterhin zu sichern, nachgaben.

Da die Gewerkschaften, dem Beispiel der Partei folgend, nun auch ihrerseits mit einer offenen Kampflinie an das Kabinett von Schleicher herantreten werden, hält man allerdings in politischen Kreisen für zweifelhaft.

Des weiteren ist interessant, daß sich auch zwischen dem Reichskanzler und der SPD gewisse Unklarheiten ergeben haben, die ihren Grund darin hatten, daß der Führer des Reichsbanners, der Hrn. Döllerer, nicht mehr in dem Maße von den Direktoren des sozialdemokratischen Parteivorstandes abhängig sein wollte, wie es seit dem Wachen des Reichsbanners der Fall war. Döllerer erklärte sogar dem sozialdemokratischen Führern, daß nach seiner Meinung das Reichsbanner keine ausgesprochene Parteigruppe sein könne, die nicht sonst einen Teil ihrer Mitglieder verlieren würde, die nicht der SPD angehört. Die Einigung mit Herrn Döllerer erfolgte aber ziemlich rasch, vor allem wohl auch deshalb, weil man ihm klarzumachen verstand, daß ohne die finanziellen Mittel der Partei das Reichsbanner nicht lange

so ein selbständiges Leben führen könnte. So gab auch Herr Döllerer man klein bei. Der Kampf gegen das Kabinett Schleicher und gegen die konkurrierende kommunistische Partei könne daher, wie man aus sozialdemokratischen Kreisen hört, mit Anversität fortgesetzt werden.

Herr Döllerer hat bereits erklärt, daß sich das Reichsbanner dem von der Reichsregierung beauftragten Kuratorium für Jugendberichterstattung nicht anschließt. Der SPD, daß es nicht in ihrem Kram, daß an einer von der Regierung betreuten Gesamtorganisation der Jugend- und Wehrverbände ihre Parteigruppe beteiligt ist.

Reichstag erst im Januar

Berlin, 23. Dezember. Reichspräsident Hindenburg hat sich in Erledigung des kommunikativen Antrags auf Einberufung des Reichstages für den 27. Dezember an die Reichstagsmitglieder der übrigen Fraktionen gewandt, um ihre Wünsche hinsichtlich des Termins zu hören. Da die meisten Reichstagsmitglieder gegenwärtig verreist sind, wird sich die Verantwortung einige Tage hinauszuziehen, so daß der Termin des 27. Dezember überhaupt nicht mehr in Frage kommt. Die nächste Sitzung des Reichstages wird frühestens am Donnerstag, dem 29. Dezember, stattfinden. Damit würde auch ein Zusammentritt des Reichstages zwischen Weihnachten und Neujahr bestimmt nicht mehr durchzuführen sein. Es ist bestimmt damit zu rechnen, daß der Reichstag erst im Januar wieder zusammentritt.

Empfänge beim Reichskanzler

Berlin, 23. Dez. Der Reichspräsident empfing heute den Reichskanzler v. Schleicher zum Vortrag. Ferner empfing der Reichspräsident den Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung, Dr. Grottel, zum Bericht über die bisher geplanten Maßnahmen des öffentlichen Arbeitsbeschaffungsprogramms.

Drei Sprengstoffdiebe verurteilt

Leipzig, 23. Dez. Das Reichsgericht verurteilte drei Kommunisten, die am Pfingstsonntag d. J. aus einem am Rheinabhang bei Koblenz gelegenen Tonbauhofen 182 Sprengpatronen, 78 Sprengkapseln und 50 Meter Zündschnur entwendet hatten, zu Zuchthausstrafen von fünfviertel bis zu drei Jahren.

Caro freigesprochen - Reichsfiskus legt Revision ein

Berlin, 23. Dez. Das Landgericht sprach heute nach sechsmonatiger Verhandlung im Prozeß gegen Geheimrat Caro den Angeklagten frei. Dem Nebenkläger Dr. G. Peischel werden die Kosten des Verfahrens und die dem Angeklagten erwachsenen Kosten auferlegt.

In dem Prozeß handelte es sich um die Streitfrage, ob Geheimrat Prof. Dr. Theodor Caro seiner Tochter eine Mitgift in Höhe von 400 000 Mark mitgegeben hat. Während Caro dies nach wie vor behauptete, haben die Peischels auf dem gegenständlichen Standpunkt und erblickten in den diesbezüglichen Vorwürfen Caros den verübten Betrug. Die Abgabe der angeblich falschen eidesstattlichen Versicherung wurde darin erblickt, daß Caro in ihr erklärt hatte, daß er die 400 000 Mark Mitgift seiner Tochter gegeben habe. — Die Verhandlung des Urteils wurde mit Brauereien aus dem Zuschauerraum aufgenommen.

In der Begründung des Freispruches

wird gesagt, daß das Gericht alle Verdachtsmomente erwogen habe, aber es sei zu der Überzeugung gekommen, daß nicht nachgewiesen ist, daß der Angeklagte die Mitgift nicht gegeben habe. Es müsse zwar, wenn keine Mitgift gegeben sei, die Quittung gefälscht sein. Wenn die Quittung gefälscht sei, müsse die Forderung deswegen aber nicht unbegründet sein. Als Verdachtsmoment sei das Verhalten des Angeklagten in dem ganzen Verfahren angesehen worden, das für seine Schuld spreche. Verleumdungen seien zwar eigenartig, aber das Gericht habe dadurch den Nachweis einer Schuld für nicht erbracht. Nach Auffassung des Gerichts würde sich Caro so verhalten haben, wenn man ihm in seiner Vergangenheit so verhalten hätte, wie man ihm in seiner Hauptangabe folge, daß ihm daran lag, Janas Peischel zur Zeugenerhebung vor ein deutsches Gericht zu bringen.

In den weiteren Ausführungen der Urteilsbegründung wird darauf hingewiesen,

es sei unwahrscheinlich bei dem Verhältnis Caros zu seiner Tochter, daß Caro seine Mitgift gegeben habe.

Eine besondere Belastung sei der Eid Janas Peischels in Aussicht. Das Gericht nehme nicht an, daß Janas Peischel einen wesentlichen Meineid geleistet habe, aber es halte es für möglich, daß Janas Peischel nach zwölf

Jahren die Quittung einfach vergessen habe. Ein Nachplan Caros mit erhöhten Ansprüchen sei ebenfalls unglauwürdig. Dem Angeklagten hätte als Geheimrat eine Fälligkeit in Aussicht stehen müssen. Schließlich spreche auch gegen seine Schuld, daß er immer darauf gedrungen habe, daß Janas Peischel vor einem deutschen Gericht als Zeuge ausliege. Das würde er keinesfalls getan haben, wenn er mit einer Fälligkeit operiert hätte. Das Gericht lege nach allem als nicht widerlegbar an, daß Caro die Mitgift gegeben habe und daß er die von ihm geschriebene Quittung erhalten habe. Der Vorwurf der Eidespflichtverletzung lasse also zufallend.

Nach Aufhebung der Sitzung wurde Caro vor dem Gerichtsgeschehen von einer großen Menschenmenge empfangen, die in Bravorufe ausbrach. Fotografen und Filmoperatoren hatten vor dem Gericht Aufstellung genommen. Caro nahm, einen Blumenstrauß in der Hand, während in seinem reichgeschmückten Auto Platz, während Polizeibeamte sich bemüht, die Menge, die Verwünschungen gegen die Peischels ausließ, zu zerstreuen.

Wie wir hören, werden die Vertreter des Nebenklägers Dr. Peischel gegen die Freisprechung Revision beim Reichsgericht anmelden.

Die Kosten des Prozesses

die dem Nebenkläger auferlegt worden sind, sind noch nicht berechnet worden, dürften sich aber — entgegen planmäßigen Schätzungen — um 100- bis 150 000 Mark herum bewegen, da sie sich ja nur aus den eigentlichen Gerichtskosten, den Gebühren für Zeugen und Sachverständigen — von denen die letzteren das meiste kosten werden — und den gesetzlichen Gebühren der beteiligten Aufgenommenen. Natürlich werden die privatim vereinbarten Honorare, die Dr. Peischel nicht zu erheben hat, bedeutend höhere Summen ausmachen.

Carl von Ossietzky freigelassen

Berlin, 23. Dez. Der Herausgeber der „Weltbühne“, Carl von Ossietzky, ist Donnerstagabend aus Grund der Amnestie aus dem Gefängnis entlassen worden. Ossietzky war wegen Landesverrats zu anderthalb Jahren Gefängnis verurteilt worden.

Roosevelts neuer Kurs

Unterredung mit einem französischen Journalisten

Paris, 23. Dezember. Der neue Präsident der Vereinigten Staaten, Roosevelt, hat dem Vertreter der „Agence économique et financière“ eine längere Unterredung gewährt, in deren Verlauf er zu den Fragen Stellung nahm, die einer dringenden Lösung in den Vereinigten Staaten harren. Die Haltung der Ausgaben sei eine der wichtigsten Fragen. Roosevelt deutete in diesem Zusammenhang an,

daß die Herabsetzung der Alkoholsteuern, die er beabsichtigt, mehrere hundert Millionen Dollar für den Ausgleich des Haushalts ergeben würde.

Auf die Zollpolitik eingehend, erklärte der neue Präsident, daß der gegenwärtige Stand der Tarife lange nicht befriedigend sei. Das amerikanische System habe einen außerordentlich tiefen Preisstand für alle landwirtschaftlichen Erzeugnisse zur Folge und habe auch die Ausfuhr industrieller Artikel geschädigt. Eines der unmittelbaren Ergebnisse des amerikanischen Systems sei die Reihe der Zwangs- und Verteilungsmassnahmen, die von ausländischen Staaten in der Form von Tariferhöhungen, Kontingenten usw. angewandt wurden. Das demokratische Programm sei für einen Tarif des Wettbewerbs, mit anderen Worten für einen Tarif, der den amerikanischen Erzeugern auf gleichen Fuß mit dem ausländischen Wettbewerb stelle.

Die übertriebenen Tarife müßten herabgesetzt werden, um einen Abbau der ausländischen Zollschranken herbeizuführen und dadurch einen Umsatz amerikanischer Erzeugnisse im Auslande zu ermöglichen.

Schuldenfrage und Weltwirtschaftskonferenz

London, 23. Dez. In einer Washingtoner Meldung der „Times“ wird klar zum Ausdruck gebracht, daß Hoover, nachdem Roosevelt seine Vorschläge für die Eröffnung von Friedensverhandlungen abgelehnt hat, nunmehr nach Rücksicht der politischen Kreise Washingtons seine Schritte zur Einleitung des von ihm geplanten Schuldenausgleichs ergreifen wird. Roosevelt und seine Berater beschäftigen sich mit der Zusammenarbeit mit der letzten Regierung von den ausländischen Staaten als Vorkurs der kommenden Unterredung auf die Hoover'schen Vorschläge mit dem Schuldproblem und der Abrechnungsfrage zu verbinden. In politischen Kreisen Washingtons nimmt man an, daß die für den Januar festgesetzte zweite Versammlung des vorbereitenden Ausschusses der Weltwirtschaftskonferenz nunmehr auf unbestimmte Zeit verschoben werden wird.

In einem Vortragsartikel bedauert die „Times“ die Ablehnung Roosevelts gegenüber dem Vorschlage Hoovers. Roosevelts Stellungnahme sei zwar vollkommen verständlich, da er sein Amt nicht mit gebundenen Händen antreten wolle, aber sie bedeute die weitere Verzögerung eines dringenden Problems. Diese Verzögerung sei gefährlich. Das amerikanische Interregnum, das eine Schwäche der amerikanischen Verfassung sei, werde sich also möglicherweise als ein schwerer Nachteil für die ganze Welt erweisen.

Amerika dankt Herriot

Paris, 23. Dez. Der amerikanische Botschafter Walter Edge, der vor kurzem nach Paris zurückgekehrt ist, hatte am Donnerstag dem bisherigen französischen Ministerpräsidenten Herriot einen Besuch ab, um ihm im Namen seiner Regierung für die mutige Haltung zu danken, die er gelegentlich der Beratungen über die Schuldenfrage in der französischen Kammer eingenommen hat. Walter Edge wird möglicherweise noch im Laufe des heutigen Freitags eine Aussprache mit dem neuen Ministerpräsidenten Paul Boncour haben.

Auf der amerikanischen Botschaft weiß man darauf hin, daß alle diese Unterredungen keinen amtlichen Charakter tragen, da nach den letzten Verhandlungsmahregeln aus Washington die Verantwortung für die Verhandlungen ausschließlich der amerikanischen Regierung zufalle.

213 Stimmen Mehrheit für Paul Boncour

Paris, 23. Dezember. Das Abstimmungsresultat über die Vertrauensfrageordnung zugunsten der Regierung Paul-Boncour lautet nach den nachträglich vorgenommenen Berichtigungen: 279 Stimmen für die Regierung und 166 gegen die Regierung bei 61 Enthaltungen und 8 verabsäumten Abgeordneten.

Paul-Boncour hat damit genau wie sein Vorgänger sämtliche republikanischen Gruppen der Linken auf sich vereinigt. Es fehlt aber an jener spontanen Begeisterung, die gewöhnlich der Vorkennung einer nach ihrem Wunsche ausgefallenen Regierung folgt. Grund für diese Zurückhaltung mögen einmal die hart sozialistischen Verleumdungen gewesen sein, die der Ministerpräsident im Verlauf seiner Ausführungen darlegte, zum anderen aber auch die noch herrschende Ungewißheit der Lösung der Finanzfragen, für die ein Finanzminister verantwortlich zeichnet, der sich bisher allen kostspieligen Reformen, so wie sie von den Sozialisten als auch von einem Teil der Radikalsocialisten gefordert werden, energisch widersetzt hat.